

Medikament Mindestrente

Trotz des geplanten Führungswechsel kommt die SPD im Moment nicht aus der Krise heraus. Jetzt wollen sich die Sozialdemokraten wieder stärker mit sozialen Wohltaten profilieren. Als ersten Schritt planen sie, eine Mindestrente einzuführen.

„Wir prüfen eine Klausel, die das Rentenniveau sichert“, zitierte der Tagesspiegel aus Berlin die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Gudrun Schaich-Walch. Die Sozialpolitikerin sagte, die Rentenversicherungsträger wollten bei einer Anhörung zum umstrittenen Rentengesetz im Bundestag Vorschläge präsentieren, wie sich eine Mindestrente garantieren lasse. Wie die Klausel konkret aussehen könnte, sei jedoch noch offen.

Die Rentenversicherer lehnten die Einführung einer Mindestrente bereits im Vorfeld der Anhörung ab. Eine solche Rente würde in 20 bis 30 Jahren mehr Kosten produzieren, „weil die Grundsicherung an alle gezahlt werden müsste und die mit Beiträgen erworbenen Rentenanwartschaften trotzdem bedient werden müssten“, sagte der Geschäftsführer des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR), Franz Ruland. Die Grundrente sei keine Lösung.

(...)

Der Mannheimer Wirtschaftsforscher Axel Börsch-Supan sagte dem Tagesspiegel, eine Sicherungsklausel könne durchaus vernünftig sein. Ein Rentenbeitrag von 22 Prozent und ein Bruttorentenniveau von 40 Prozent - wie es die SPD jetzt erwäge - seien jedoch nur „kompatibel, wenn die Deutschen kräftig mehr arbeiten als zurzeit“. Eine längere Lebensarbeitszeit lehnt die SPD-Politikerin Schaich-Walch jedoch ab: Über die Rente mit 67 werde man im laufenden Gesetzgebungsverfahren „mit Sicherheit nicht diskutieren“, sagte sie.

Dieser Artikel erschien am 11.02.2004 in der Süddeutschen Zeitung.